



Öffentliche Niederschrift

2. Sitzung der Gemeindevertretung

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.09.2024
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 21:47 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal, Haus des Gastes, Heinrich-Heine-Str. 7, 18609
Ostseebad Binz

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Dr. Sybille Funk

Bemerkung

anwesend

Mitglieder

Name

Mario Böttcher
Helge Colmsee
Ulf Dohrmann
Grit Drahota
Dr. Fanny Felsberg
Mario Kurowski
René Maske
Christian Mehlhorn
Marvin Müller
Klaus Pede
Petra Pfeifer
Dr. Elke Rohde-Baran
Norbert Schulz
Marco Steinbrecher

Bemerkung

anwesend
anwesend

Verwaltung

Name

Romy Guruz
Rita Küster
Ron-Patrick Reinholtz
Bürgermeister Karsten Schneider

Bemerkung

Abwesend

Mitglieder

Name

Ralf Reinbold

Bemerkung

entschuldigt



Name

Bemerkung



Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellen der form- und fristgerechten Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellen der Tagesordnung
3. Informationen der Vorsitzenden und des Bürgermeisters
4. Bericht des Bürgermeisters
5. Anfragen der Gemeindevorsteher
6. Einwohnerfragestunde
7. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2024 - öffentlicher Teil
8. Anträge der Fraktionen und Abgeordneten
 - 8.1. Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Besetzung eines Kinder- und Jugendbeirats der Gemeinde Ostseebad Binz sowie zur Aktualisierung der „Richtlinie für die Tätigkeit im Jugendbeirat der Gemeinde Ostseebad Binz“ **BV/24/136**
 - 8.2. Antrag SPD- und BfB-Fraktion zur Erhöhung der Zuschüsse für Vereine der Gemeinde Binz **BV/24/148**
9. Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus
 - 9.1. Beschluss über außerplanmäßige Ausgaben für das Hauptsacheverfahren
hier: Rechtsberatung sowie Begleit- und Ergänzungsgutachten zur Frackinggasanlage Sassnitz/Mukran **BV/24/154**
10. Planen und Bauen
 - 10.1. Beschlussvorlage über die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 „Schmachter See“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Abwägungsbeschluss nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB sowie 2 Abs. 2 BauGB **BV/24/124**



- 10.2. Beschlussvorschlag über den Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16 „An der Dünenstraße/Hans-Beimler-Straße“ der Gemeinde Ostseebad Binz **BV/24/125**
- 10.3. Beschlussvorschlag zur Erweiterung des Baukonzepts Skate- und Bewegungspark Ostseebad Binz
hier: Baukonzept nach Beteiligung und Vorplanung **BV/24/126**
- 10.4. Beschlussvorschlag über die Zustimmung der Annahme einer Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz **BV/24/145**
- 10.5. Beschlussvorschlag über die Zustimmung der Annahme einer Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz **BV/24/146**
- 10.6. Beschlussvorschlag über die Zustimmung der Annahme einer Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz **BV/24/147**
- 10.7. Beschlussvorschlag über die Zustimmung der Annahme einer Sachspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz **BV/24/149**
- 10.8. Nachzahlung zum Ankauf einer Waldfläche von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) Rostock | in der Gemarkung Prora, Flur 7, Flurstück 5/76, Größe: 160.223 m² **BV/24/151**
- 10.9. Beschlussvorschlag zum Ankauf einer Fläche von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) Rostock | in der Gemarkung Schmachter See, Flur 1, Flurstück 2/10, Größe: 1.442 m² **BV/24/150**
11. Finanzen
- 11.1. Beschlussvorlage zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2024/2025 und dazugehörigem Nachtragshaushaltsplan **BV/24/142**
12. Allgemeine Verwaltung
- 12.1. Beschluss über die Neufassung der Geschäftsordnung **BV/24/111**
- 12.2. Beschluss über die Neufassung der Hauptsatzung **BV/24/112**



- 12.3. Festlegung des Tages der Wahl der hauptamtlichen Bürgermeisterin/des hauptamtlichen Bürgermeisters 2025 **BV/24/144**
13. Wahl der 1. Stellvertretung des Bürgermeisters **BV/24/160**
14. Wahl der 2. Stellvertretung des Bürgermeisters **BV/24/161**
15. Schließung des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

16. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2024 - nichtöffentlicher Teil
17. Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus
 - 17.1. Beschluss über Vergaben und Beauftragungen im Rahmen des Hauptsacheverfahrens
hier: Kanzlei- sowie Begleit- und Ergänzungsgutachter zur Frackinggasanlage Sassnitz/Mukran **BV/24/155**
 - 17.2. Beschlussvorschlag zur Löschung der Eintragung im Handelsregister A 1307 - Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus des Ostseebades Binz **BV/24/140**
18. Planen und Bauen
 - 18.1. Beschlussvorlage zum Weiterverkauf des Gebäudeeigentums eines Erbbaupachtnehmers auf einem gemeindlichen Grundstück |(nichtöffentlich) **BV/24/141**
 - 18.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 23 „Wohnanlage Poststraße 14A“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Beschluss über den 1. Nachtrag zum Durchführungsvertrag vom 07.09.2021 – 2. Verlängerung der Bauverpflichtung um weitere 12 Monate **BV/24/153**
19. Sonstiges
20. Schließung der Sitzung





Niederschrift

Öffentlicher Teil

Zu 1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellen der form- und fristgerechten Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende begrüßt die Gemeindevorsteher/innen, den Bürgermeister und die Gäste. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist mit der Anwesenheit von 15 von 16 Gemeindevorsteher/innen gegeben.

Zu 2. Feststellen der Tagesordnung

Beschluss: Die Gemeindevorsteher/innen beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 3. Informationen der Vorsitzenden und des Bürgermeisters

Keine Informationen

Zu 4. Bericht des Bürgermeisters

Der Bericht des Bürgermeisters wurde am 26.09.2024 auf der Homepage der Gemeinde online gestellt.

Frau Dr. Rohde-Baran möchte wissen, ob man den Bericht des Bürgermeisters früher bekommen könnte.



Herr Schneider erklärt, dass dies kaum möglich sei. Außerdem sei der Bericht in der Vergangenheit erst während der Sitzung vorgestellt. Dies habe man aus Gründen der Zeitersparnis eingestellt. Man bemühe sich jedoch ihn am Tag der Sitzung so früh wie möglich einzustellen und Fragen zum Bericht könne man auch im Nachgang zur Sitzung schriftlich an die Verwaltung stellen.

Zu 5. Anfragen der Gemeindevorsteher

Herr Steinbrecher möchte wissen, wann die konstituierende Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses stattfinden werde. Darüber hinaus sei ihm aufgefallen, dass die Baumreihe an der Proraer Allee absterbend sei und er wolle gern wissen wie hoch die Kosten für die Baumreihe gewesen seien und ob es eine Anwachsgarantie der entsprechenden Firma gebe.

Herr Schneider antwortet, dass der Rechnungsprüfungsausschuss am 10.10.2024 tagen werde. Bezuglich der weiteren Fragen werde er an Frau Guruz übergeben.

Frau Guruz erklärt, dass die Sachverständigen und die Verwaltung die Ansicht bezüglich der absterbenden Baumreihe nicht teilen. Es sei durchaus üblich, dass neu angepflanzte Nadelbäume im Herbst gelb werden und dann im Frühling neu austreiben. Die genauen Kosten für die Baumreihe könne sie aus dem Stehgriß nicht benennen, da diese im Rahmen eines Vertrages abgegolten wurden. Weiter erklärt sie, dass bei tatsächlich abgängigen Bäumen sowohl Boden- als auch Baumproben entnommen und untersucht werden.

Herr Pede fragt, wie es um seine Anfrage vom 26.07.2024 zwecks Strandbars und Strandkörbe stehe. Man habe bisher leider keine Antwort erhalten.

Herr Schneider antwortet, dass diesbezüglich eine Mail geschrieben worden sei, dass Herr Gardeja im letzten Tourismusausschuss gesagt habe, dass er an einer Beantwortung der Frage arbeite. Diese werde vermutlich nach seiner Rückkehr Mitte Oktober erfolgen.

Darüber hinaus sei ihm unbegreiflich warum diese Thematik so viele Diskussionen zur Folge habe. Es sei Fakt, dass man daran arbeite veraltete Verträge nach gesetzlichen Richtlinien zu erneuern bzw. neu auszuschreiben. Die aktuelle Situation sei unbefriedigend und man arbeite daran diese schnellstmöglich zu verbessern.

Herr Pede entgegnet, dass die ihm vorliegenden Verträge von 2007 bis 2026 vereinbart wurden. Warum man immer von Verträgen vor der Wende spreche sei ihm unbegreiflich. Er bittet erneut um die Weitergabe der entsprechenden Informationen bezüglich der Ausschreibung, damit er nachvollziehen könne, was vor sich geht.

Herr Maske möchte wissen, wie viele Einwohner der Gemeinde Binz, die von der Gemeinde an den Eigenbetrieb Binzer Bucht gezahlte Kurkarte, auch wirklich in Anspruch nehmen.



Herr Schneider sagt, an Herrn Pede gewandt, dass ihm sehr wohl bewusst sei wie alt die Verträge und Vereinbarungen seien, die bis vor kurzem noch liefen. Zur damaligen Zeit sei das Thema allerdings politisch noch nicht reif für Diskussionen gewesen. Aus diesem Grund habe man 2012 entschieden die bestehenden Verträge um weitere 10 Jahre zu verlängern. Um die Verträge einsehen zu können, müsse Herr Pede sich aber bitte noch bis zur Rückkehr von Herrn Gardeja gedulden.

An Herrn Maske gewandt antwortet er, dass die Thematik tatsächlich nicht ganz unproblematisch sei, da die Summe der Kurtaxe für die Binzer sich derzeit auf 900.000 Euro belaute. Die Gemeinde sei allerdings gesetzlich dazu verpflichtet. Die Grundlage hierfür sei die Einwohnerzahl und diese könne man leider nicht herunter setzen nur weil nicht alle diese Kurkarte in Anspruch nehmen.

Zu 6. Einwohnerfragestunde

Herr Reile sagt, dass ein Grundstück am Schmachter See von der BImA an die Gemeinde Binz abgegeben werden soll. Er würde gerne wissen was für dieses Grundstück geplant sei.

Herr Schneider antwortet, dass es schon öfters vorgekommen sei, dass die BImA der Gemeinde ein Grundstück anbiete. Bei dem genannten Grundstück gebe es allerdings das Problem, dass es rechtmäßig zur Gemeinde Zirkow gehöre. Selbst wenn die Gemeinde Binz es erwerben würde, müsste man immer die Gemeinde Zirkow um Zustimmung bitten. Er werde aber beim entsprechenden Tagesordnungspunkt genauer darauf eingehen.

Herr Reile erklärt, dass er gestern mit dem Motorrad im neuen Parkhaus gewesen sei. Dort habe ihn jemand gestoppt und darauf aufmerksam gemacht, dass Motorräder nicht in das Parkhaus dürfen. Er bittet um eine Erklärung, warum Fußgänger und Motorradfahrer nicht in das Parkhaus dürfen.

Frau Guruz erklärt, dass die Position des Schildes bezüglich des Verbots noch optimiert werde. Bezuglich der Fußgänger erklärt sie, dass diese (sofern sie kein Auto abstellen oder holen wollen) aufgrund der Unfallgefahr nichts in einem Parkhaus zu suchen hätten. Bei Motorrädern sei die Begründung, dass diese nicht durch das automatische Parksystem erfasst werden können. Sie werde den Sachverhalt aber mitnehmen und prüfen, ob in der Nähe eine Parkmöglichkeit für Motorräder bestünde bzw. geschaffen werden könne.

Herr Horst merkt an, dass speziell der Strandzugang 27 nur mit einem Draht und keinem befestigten Handlauf ausgestattet sei. Er möchte gerne wissen, ob es eine Möglichkeit gebe den Zustand zu optimieren. Darüber hinaus sei eine große Unordnung am Strand. Er äußert, dass es kein Personal gebe, das den Strand regelmäßig bestreift und gegebenenfalls für Ordnung sorge.



Herr Schneider antwortet, dass er beide Anliegen mitnehmen werde. Sollte sich die aktuelle Situation tatsächlich so wie beschrieben darstellen, müsse sie definitiv verbessert werden. Erschwerend komme jedoch hinzu, dass das Ostseebad Binz über 74 Strandzugänge verfüge und ab Abgang 52 kein Küstenschutz von Seiten des Bundes bestehe, was erhebliche Kosten nach sich ziehe.

Bezüglich der Ordnung am Strand sei er überrascht. Es gebe derzeit zwei Strandvogte, die den Strand regelmäßig bestreifen. Allerdings sei das Arbeitsaufkommen erheblich gestiegen. Er werde die Thematik aber ansprechen und ggf. über einen dritten Strandvogt beraten lassen.

Herr Reile bedankt sich für die schnelle Zuarbeit seitens der Gemeinde in Bezug auf die Mülleimer neben den Bänken vor dem roten Netto. Darüber hinaus regt er an, dass die Bänke an der Strandpromenade durch doppelseitige Bänke ausgetauscht werden könnten.

Herr Schneider bedankt sich für das positive Feedback. In Bezug auf die Bänke äußert er, dass es sehr viele verschiedene Beschwerden gegeben habe. Man versuche eine annehmbare Lösung zu schaffen doch eine Lösung, die alle zufrieden stellt, existiere zu seinem Bedauern nicht. Er werde die Thematik mitnehmen und beim Tourismusdirektor ansprechen.

Zu 7. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2024 - öffentlicher Teil

ungeändert beschlossen

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2024 – öffentlicher Teil in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 8. Anträge der Fraktionen und Abgeordneten



Zu 8.1. Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Besetzung eines Kinder- und Jugendbeirats der Gemeinde Ostseebad Binz sowie zur Aktualisierung der „Richtlinie für die Tätigkeit im Jugendbeirat der Gemeinde Ostseebad Binz“ ungeändert beschlossen BV/24/136

Frau Dr. Rohde-Baran erklärt, dass es wichtig und gut für den Ort sei die Jugend einzubringen und mitzunehmen. Die Angebote für Jugendliche und Kinder seien in den vergangenen Jahren zurückgegangen und dem wolle man durch diesen Antrag bzw. die Besetzung eines neuen Jugendbeirates entgegenwirken.

Bei dem letzten Versuch einen Jugendbeirat zu gründen habe man lediglich Jugendliche der Regionalen Schule angesprochen und befragt. Der Antrag ziele darauf ab auch jüngere Kinder und Jugendliche (10-25 Jahre) aus allen Bereichen anzusprechen und zu begeistern.

Herr Böttcher möchte wissen, was mit dem vorherigen Jugendbeirat passiert sei bzw. ob dieser sich aufgelöst habe. Grundsätzlich befürworte er den Antrag aber.

Herr Schneider erklärt, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass mit der Gründung die Euphorie und das Engagement noch hoch sind, dies aber mit Beginn der Arbeit schnell abnimmt.

Herr Müller befürwortet den Antrag. Er merkt an, dass bei einer erfolgreichen Gründung allerdings einige Anpassungen für die Umsetzung vorgenommen werden müssten (Rederecht und ggf. Antragsrecht).

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26. September 2024 die Gemeindevorwaltung damit zu beauftragen, einen öffentlichen Aufruf in Abstimmung mit der Antragstellerin zu starten, um interessierte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für die Besetzung des Jugendbeirats zu werben.

Am Ende des Aufrufs soll eine Informationsveranstaltung organisiert sein, für die Vertreter*innen der Jugendbeiräte der Insel Rügen eingeladen werden. Diese können von ihrer Arbeit in den Beiräten berichten und unsere interessierten Kinder, Jugendliche und jungen Erwachsene am Ende der Veranstaltung bei der Bildung ihres Gremiums unterstützen.

Wir bitten die Verwaltung, als neutrales Organ, diese Veranstaltung zu organisieren und fachlich zu begleiten. Der Beirat soll künftig den Namen Kinder- und Jugendbeirat tragen, die Richtlinie ist entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 8.2. Antrag SPD- und BfB-Fraktion zur Erhöhung der Zuschüsse für Vereine der Gemeinde Binz ungeändert beschlossen BV/24/148



Herr Müller erklärt, dass man im Sozialausschuss aus einem Topf Zuschüsse an Vereine geben könne. Dieses Jahr sei es das erste Mal vorgekommen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgereicht hätten. Dies sei bedauerlich und man strebe an die Vereine als Gemeinde weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

Herr Dohrmann merkt an, dass es das erste Mal sei, dass die zur Verfügung stehende Summe nicht ausgereicht hätte. Er appelliert an eine ausgewogene Verteilung unter allen Vereinen. Grundsätzlich befürworte er den Antrag.

Frau Pfeifer antwortet, dass sie gestern einem Sozialausschuss beigewohnt habe, der vor der gleichen Problematik gestanden habe. Dort habe man sich dazu entschieden alle noch offenen Anträge prozentual um den gleichen Betrag zu kürzen. Sie schlägt vor in der Gemeinde Binz ebenfalls so vorzugehen.

Frau Drahota befürwortet den Antrag grundsätzlich und schlägt vor den Begriff „Richtlinie“ durch „Vergaberichtlinien“ für Zuschüsse zu ersetzen. Weiter schlägt sie vor die Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel vorerst zeitlich zu begrenzen (2024 und 2025).

Herr Mehlhorn sagt, dass er als Vorsitzender des Sozialausschusses die gemachten Vorschläge nicht befürworte. Er erklärt, dass man derzeit von Monat zu Monat entscheiden müsse und auch bei den Verwendungszwecken differenziert entscheiden müsse. Weiter merkt er an, dass man im letzten Jahr aktiv auf die Vereine zugegangen sei und zu Anträgen ermutigt habe. Dies sollte man honorieren und bei dem aktuellen System bleiben.

Frau Drahota formuliert ihre Anträge erneut.

Frau Dr. Funk lässt über die Anträge von Frau Drahota abstimmen:

Im letzten Satz „Richtlinien“ durch „Vergaberichtlinien“ ersetzen:

Ja-Stimmen	7
Nein- Stimmen	8
Enthaltungen	0

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Eine zeitliche Begrenzung für die Erhöhung der Mittel auf 2024 und 2025:

Ja-Stimmen	7
Nein- Stimmen	8
Enthaltungen	0

Der Antrag wurde somit angelehnt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt auf ihrer heutigen Sitzung:

1. Das Budget der Zuschüsse für Vereine im Ostseebad Binz auf 20.000,00€ zu erhöhen
2. Den Sozialausschuss zu beauftragen, die Richtlinie der Gemeinde Ostseebad



Binz über die Gewährung von Zuschüssen an gemeinnützige Vereine, Verbände und Initiativgruppen zu überprüfen und ggf. zu überarbeiten und zu aktualisieren

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 9. Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus

**Zu 9.1. Beschluss über außerplanmäßige Ausgaben für das
Hauptsacheverfahren**

**hier: Rechtsberatung sowie Begleit- und Ergänzungsgutachten zur
Frackinggasanlage Sassnitz/Mukran
ungeändert beschlossen BV/24/154**

Herr Schneider erklärt, dass der Stand nach wie vor derselbe sei wie zur letzten Gemeindevertretersitzung. Dieser Beschluss ziele nach wie vor darauf ab, der Gemeinde zu ermöglichen, dass schnell und flexibel auf Situationsänderungen reagiert werden könne. Alles in allem sei es aus seiner Sicht unmöglich wie mit der Insel Rügen, der Öffentlichkeit, der Natur und den Bewohnern umgegangen werde.

Herr Kurowski merkt an, dass es dazu seitens der BfB-Fraktion eine Mail mit einigen Fragen an die Verwaltung gegeben habe. Er erklärt, dass sich die bisherigen Kosten laut Herrn Gardeja auf 350.000 Euro belaufen, wobei die gefassten Beschlüsse nur 200.000 Euro abdecken würden. Er möchte wissen wie die Differenz zu Stande gekommen sei, ob die 90.000 Euro von anderen Gemeinden noch ausstehen und aus welchem Bereich des Eigenbetriebes die beantragten 75.000 Euro genommen werden würden. Darüber hinaus habe man im Vorfeld um die Folien der Präsentation gebeten, doch diese bisher nicht bekommen.

Herr Schneider erklärt, dass man die noch entstehenden Kosten kaum abschätzen könne. Er habe nach dem Treffen am 25.07.2024 den Eindruck gehabt, dass man sich einig gewesen sei, diesen Weg weiter gehen zu wollen. Es sei nach wie vor so, dass man die Kosten zwischen dem Gemeindehaushalt und dem Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus aufteile. Genaue Informationen zu den Konten könne man allerdings erst geben, wenn der Tourismusdirektor zurück sei.

Herr Kurowski sagt, dass damit leider keine seiner Fragen beantwortet worden sei. Man habe nach wie vor die Folien nicht erhalten, man sei über den Beschluss hinaus gegangen was die Kosten betreffe und Herr Schneider könne nach wie vor nicht sagen



von welchen Konten die Mittel genommen werden.

Herr Pede möchte wissen, ob es richtig sei, dass die weiteren Kosten erst mit Eintreffen des Widerspruchsbescheids abgeschätzt werden können.

Herr Schneider erklärt, dass man die noch entstehenden Kosten nicht abschätzen könne. Man müsse abwarten was in dem Widerspruchsbescheid stehe und welche Argumente dort aufgeführt werden. Er betont nochmal, dass die Entscheidung diesen Weg weiter zu bestreiten, einstimmig von der Gemeindevorvertretung beschlossen worden sei. Aus seiner Sicht gebe es aktuell maximal zwei Schritte, die noch folgen könnten. Zum einen die Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht und dann ggf. die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

Herr Pede fragt, ob die veranschlagten 75.000 Euro eine Wertgrenze und keinen Freibrief darstellen.

Herr Schneider erklärt, dass es sich nicht um einen Freibrief handle. Die Wertgrenze für Freigaben des Bürgermeisters liege aktuell bei 5.000 Euro. Für alles was darüber hinausgehe, müsse er sich erst das Einverständnis des Hauptausschusses oder der Gemeindevorvertretung holen. Dies sei auch der Grund, warum einige Vorgänge so viel Zeit in Anspruch nehmen. Davon ab werde man die Gemeindevorvertretung, wie auch in der Vergangenheit, immer über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Herr Dohrmann erinnert an den Gemeindevorvertreterbeschluss, dass man mit allen verfügbaren Mitteln gegen das Terminal vorgehen wolle. Er befürwortet Kostentransparenz, spricht sich aber gegen Grundsatzdiskussionen aus.

Herr Mehlhorn spricht die Problematik „Industriehafen Mukran“ an. Er möchte wissen, ob sich die Klagen auch auf den Ausbau des Industriehafens beziehen oder ob diese separat beklagt werden müssten.

Herr Schneider antwortet, dass er das nicht genau beantworten könne. Seine Einschätzung wäre, dass man neu klagen müsse, aber er werde die Frage mitnehmen.

Herr Kurowski antwortet, an Herrn Dohrmann gewandt, dass man grundsätzlich nicht das Vorgehen gegen das LNG Terminal kritisiere. Man habe allerdings auch die Aufgabe auf den Haushalt der Gemeinde zu achten. Aus diesem Grund beharre man auf die Transparenz und die Beantwortung der zuvor gestellten Fragen.

Herr Steinbrecher merkt an, dass er gehört habe, dass der Bürgermeister und die Gemeindevorvertretung aus Sassnitz das Terminal befürworten. Er möchte wissen wie man die Erfolgschancen für den Rückbau des Terminals aktuell einschätze.

Herr Schneider erklärt, dass man das nicht genau bestimmen könne. Man habe in der Vergangenheit auch nicht damit gerechnet, dass der Eilantrag abgelehnt werde, aber man wolle weiterhin gemeinsam gegen das Terminal vorgehen. Aus seiner Sicht wäre noch nicht alles verloren und ein Rückbau wäre unter den aktuellen Umständen noch möglich. Man erhalte nach wie vor positives Feedback und ermutigende Worte sich nicht geschlagen zu geben und sei nach wie vor optimistisch, dass nicht alles verloren sei.



Beschluss:

Die Gemeindevorstand stellt für die unplan- und unvorhersehbaren Rechtsberatungen und -vertretungen, sowie die dazu notwendigen Gutachterlichen Stellungnahmen außerplanmäßige Ausgaben zum Gesamtbetrag von 75.000 EUR aus den Deckungskreisen KOST/KNT 57517000 zur Unterstützung des Hauptsacheverfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen das Frackinggasterminal Sassnitz/Mukran bereit. Diese Mittel sollen dazu dienen, die rechtliche Vertretung der Gemeinde im Hauptsacheverfahren sicherzustellen sowie weitere notwendige Gutachten und Expertisen verfahrensnotwendig zu verfeinern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 0

Zu 10. Planen und Bauen

Zu 10.1. Beschlussvorlage über die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 „Schmachter See“ der Gemeinde Ostseebad Binz

hier: Abwägungsbeschluss nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB sowie 2 Abs. 2 BauGB

ungeändert beschlossen BV/24/124

Herr Dohrmann verlässt den Sitzungsraum.

Frau Guruz erklärt den Inhalt des Antrages.

Beschluss:

Die Gemeindevorstand beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 über die anliegende Abwägungstabelle mit den eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 „Schmachter See“ der Gemeinde Ostseebad Binz sowie über die Abwägungsvorschläge.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 10.2. Beschlussvorschlag über den Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16 „An der Dünenstraße/Hans-Beimler-Straße“ der Gemeinde Ostseebad Binz**abgelehnt BV/24/125****Herr Dohrmann** nimmt wieder an der Sitzung teil.

Frau Guruz erklärt den Antrag. Weiter informiert sie darüber, dass die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen, da die Ladezone des Pflegeheims und die Tiefgaragenzufahrt sich dort befinden. Darüber hinaus sehe der aktuelle B-Plan den Erhalt von Laden- und Gewerbeträßen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 über den Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16 „An der Dünenstraße/Hans-Beimler-Straße“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	15
Enthaltungen:	0

Zu 10.3. Beschlussvorschlag zur Erweiterung des Baukonzepts Skate- und Bewegungspark Ostseebad Binz

**hier: Baukonzept nach Beteiligung und Vorplanung
ungeändert beschlossen BV/24/126**

Frau Guruz erklärt die beiden Varianten zum Skate- und Bewegungspark.

Frau Pfeifer möchte wissen, wie hoch die Kosten ca. sein werden und wie die Finanzierung angedacht sei.

Frau Guruz antwortet, dass man noch innerhalb der Kostenschätzung liege (bei 1,6 Millionen Euro). Darüber hinaus sei ein Informationsantrag für die Sportstättenförderung gestellt worden, welcher bei einem positiven Bescheid eine Fördermittelzuwendung von ca. 85% ermöglichen würde.

Herr Maske möchte wissen, wie der Anschluss an den Nahverkehr gewährleistet werde und ob der Fördertopf derselbe sei wie beim Vereinsheim.



Frau Guruz antwortet, dass der eingezeichnete Kreisverkehr und die daran liegenden Parkflächen eine Anbindung an den ÖPNV ermöglichen werden. Der Fördertopf sei allerdings nicht derselbe wie für das geplante Vereinsheim.

Frau Dr. Funk lässt über beide Varianten abstimmen:

Variante 1 = 0 Stimmen Variante 2 = 15 Stimmen

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Planung des Baukonzepts des Skate- und Bewegungsparks in Variante 2 - erweitertes Konzept weiterzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

**Zu 10.4. Beschlussvorschlag über die Zustimmung der Annahme einer
Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule
Ostseebad Binz
ungeändert beschlossen BV/24/145**

Herr Kurowski verlässt den Sitzungsraum.

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Annahme einer Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz in Höhe von 2.500,00 €. Die Spendenbescheinigung wird an SGI Care GmbH, Otto-Suhr-Allee 27, 10585 Berlin ausgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Zu 10.5. Beschlussvorschlag über die Zustimmung der Annahme einer Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz

ungeändert beschlossen BV/24/146

Herr Schneider bedankt sich bei allen Spendern und weist darauf hin, dass es weit mehr Spenden gegeben habe. Er erklärt, dass der Bürgermeister über Spenden bis zu einer Höhe von 99,99 Euro und der Hauptausschuss über Spenden bis zu einer Höhe



von 999,99 Euro entscheiden dürfen.

Herr Kurowski nimmt wieder an der Sitzung teil.

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Annahme einer Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz in Höhe von 2.500,00 €. Die Spendenbescheinigung wird an IBW Baugesellschaft mbH, Wittstocker Chaussee 3, 16928 Pritzwalk ausgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 10.6. Beschlussvorschlag über die Zustimmung der Annahme einer Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz
ungeändert beschlossen BV/24/147

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Annahme einer Geldspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz in Höhe von 1.670,00 €. Die Spendenbescheinigung wird an GOLDBECK Nordost GmbH, Geschäftsstelle Parkhäuser Berlin-Brandenburg, Brandenburg-Park, Seestraße 35, 14974 Ludwigsfelde (Organisationseinheit: OE2113) ausgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 10.7. Beschlussvorschlag über die Zustimmung der Annahme einer Sachspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz
ungeändert beschlossen BV/24/149

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Annahme einer Sachspende für die Maßnahme: Instandsetzung Schulhof Regionale Schule Ostseebad Binz in Höhe von 1.855,00 € netto bzw. 2.207,45 € brutto. Die Spendenbescheinigung wird an Baumdienst Nord GmbH & Co. KG, Werner-von-



Siemens-Straße 29, 18437 Stralsund ausgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu 10.8. Nachzahlung zum Ankauf einer Waldfläche von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) Rostock | in der Gemarkung Prora, Flur 7, Flurstück 5/76, Größe: 160.223 m²
ungeändert beschlossen BV/24/151

Herr Schneider erklärt, dass es sich hier um ein Grundstück handle das die BImA angeboten habe und die Gemeindevertretung als Verbindungsgrundstück haben wollte. Die BImA habe diesbezüglich strenge Verbilligungsrichtlinien und wenn diese nicht in der entsprechenden Zeit eingehalten werden, müsse man den normalen Kaufpreis zahlen. Dieser Fall sei hier leider eingetreten. Man habe die Voraussetzungen in der gegebenen Zeit nicht einhalten können und müsse nun den normalen Preis bzw. die Differenz zum bereits entrichteten Betrag an die BImA zahlen.

Herr Schulz möchte wissen, wo sich dieses Flurstück befindet.

Herr Schneider erklärt, dass es sich um den Wald zwischen MZO und Strandweg handle.

Herr Kurowski möchte wissen, ob es an der fehlenden Anbindung der Bäderbahn gelegen habe und ob diese weiterhin geplant sei.

Frau Guruz antwortet, dass die Anbindung der Bäderbahn nach wie vor geplant sei und auch Fördermittel beantragt worden seien. Den zeitlichen Rahmen der Verbilligungsrichtlinie habe man unter anderem nicht einhalten können, weil allein 1 ½ Jahre Artenzählungen durchgeführt und zum Teil wegen Vandalismus wiederholt werden mussten.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Nachzahlung von 14.987,18 € zum Ankauf einer Waldfläche von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) Rostock in der Gemarkung Prora, Flur 7, Flurstück 5/76, Größe: 160.223 m².

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0



Zu 10.9. Beschlussvorschlag zum Ankauf einer Fläche von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) Rostock | in der Gemarkung Schmachter See, Flur 1, Flurstück 2/10, Größe: 1.442 m² geändert beschlossen BV/24/150

Herr Mehlhorn erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum auf eigenen Wunsch.

Herr Schneider empfiehlt den Antrag abzulehnen, da das Grundstück problembehaftet sei. Diese Umstände seien unter anderem die vorhandenen Naturschutzumstände und die Tatsache, dass das Grundstück eigentlich in der Zuständigkeit von Zirkow liege. Hinzu käme, dass die finanziellen Mittel für den Erwerb derzeit nicht zur Verfügung stehen und der Beschluss nur unter dem Vorbehalt umgesetzt werden könne, dass zuvor die Deckungsquelle geklärt werde.

Herr Kurowski äußert, dass man verwundert über die Aussagen von Herr Schneider sei, da die Beschlussvorlage den Erwerb eindeutig befürworte und viele Nutzungsmöglichkeiten aufzähle.

Herr Schneider antwortet, dass sich der Widerspruch zur Beschlussvorlage aus langen internen Diskussionen ergeben habe. Letzten Endes entscheide die Gemeindevertretung und man werde sehen was man daraus macht.

Herr Mehlhorn betritt den Sitzungsraum ist allerdings nach wie vor befangen.

Herr Müller möchte wissen, ob auf dieser Entscheidung eine Frist liege.

Frau Guruz bestätigt dies. Es gebe eine Frist bis Anfang Oktober.

Herr Maske stellt einen Antrag auf die Geschäftsordnung, die Sitzung für eine kurze Beratung zu unterbrechen.

Herr Kurowski möchte wissen, was mit dem Grundstück passiere, wenn die Gemeinde sich nicht für den Erwerb entscheide.

Herr Schneider antwortet, dass das Grundstück auf den freien Markt gehen würde.

Frau Dr. Funk unterbricht die Sitzung für eine Dauer von 5 Minuten.

Herr Schneider bittet darum, dass der Beschlussvorschlag dahin gehend angepasst wird, dass der Pasuss „unter der Voraussetzung, dass die Deckung zuvor gewährleistet ist.“ hinzugefügt werde.

Herr Kurowski schlägt vor einen Antrag zu stellen, der die Gemeinde beauftragt die benötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Herr Müller fragt, an Herrn Reinholt gewandt, wie optimistisch er sei die benötigten Mittel zur Verfügung stellen zu können.



Herr Reinholtz erklärt, dass eine Deckungsquelle aufgrund der Kürze der Zeit noch gefunden worden sei. Nach genauer Betrachtung der Situation sollte die Umsetzung allerdings möglich sein.

Herr Schneider erklärt, dass die Aufgabe an die Gemeinde klar sei und ein gesonderter Antrag nicht benötigt werde.

Gemäß § 27 KV M-V erklärt sich eine Person für befangen und nimmt nicht an der Beratung oder Abstimmung teil.

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 den Erwerb des Flurstückes Gemarkung Schmachter See, Flur 1, Flurstück 2/10 (1.442 m²) von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Höhe von 108.000,00 € unter der Voraussetzung, dass die Deckung zuvor gewährleistet ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 11. Finanzen

**Zu 11.1. Beschlussvorlage zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2024/2025 und dazugehörigem Nachtragshaushaltsplan
ungeändert beschlossen BV/24/142**

Herr Mehlhorn nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Steinbrecher erklärt, dass die Mittel für Grün- und Straßenunterhaltungskosten aus dem Ruder laufen. Man könne sich die Erhöhung der Beträge in manchen Bereichen, im Vergleich zu den letzten Jahren, nicht erklären. Es gebe derzeit einen guten Austausch mit der Gemeinde, doch man tendiere dazu den Nachtrag nochmal im Finanzausschuss zu diskutieren.

Herr Schneider sagt, dass man Herr Steinbrecher bereits mehrfach mündlich und schriftlich all seine Fragen beantwortet habe. Frau Guruz werde erneut versuchen den Sachverhalt zu erklären, doch mehr könne man wirklich nicht tun.

Frau Guruz erklärt, dass das Konto für Baumpflege mehrere Unterkonten habe. Darüber hinaus sei die aktuelle Situation der zu pflegenden Bäume nicht mit der der letzten Jahre zu vergleichen. Zuvor hatte man rund 300 Bäume gepflegt, doch mit dem



neuen Baumpflegevertrag, welcher durch die Gemeindevorvertretung beschlossen wurde, bewirtschaftete man jetzt rund 4.800 Bäume, Grünflächen, Obstwiesen etc. Darüber hinaus zielte die Nachtragssumme nicht auf die Baumpflege, sondern auf die Pflege von Grünflächen ab. Man habe von der Gemeindevorvertretung den Auftrag erhalten komplett neue Zierbeete anzulegen und zu pflegen. Hinzu kam die vermehrte Bewässerung in der ersten Jahreshälfte, die weitere Kosten verursacht habe. Ein weiterer Punkt seien die erneuerten Bankette im gesamten Ort, die jetzt mit Rollrasen ausgestattet wurden. Die angesprochenen 800.000 Euro beinhalteten also keine Baumpflege, sondern nur den Mehraufwand für Bepflanzung und Pflege von Grünflächen.

Herr Steinbrecher möchte wissen, was mit den 44.000 Euro für die Kanalreinigung sei. Darüber hinaus merkt er an, dass dieses Jahr maximal 5% der angedachten Baumschnitte stattgefunden hätten.

Frau Guruz antwortet, dass alte Baumschnitte stattgefunden hätten und dokumentiert worden seien. Bezuglich der Kanalreinigungen habe sie in den Fachausschüssen ausführlich erklärt, dass bisher nur die Körbe gereinigt wurden. Die Unterbauten seien allerdings noch nie gereinigt worden. Daher habe es seit März in regelmäßigen Abständen Spülungen gegeben, für die es auch Protokolle gebe. Die Mehrkosten seien entstanden, da die Abflüsse zum Teil sechzig Jahre alt seien und dringend erneuert werden müssen.

Herr Kurowski möchte wissen, wie es um den Vertrag stehe, bei dem gegebenenfalls noch Gerichtskosten anfallen werden.

Frau Guruz erklärt, dass es sich um den Straßenreinigungsvertrag handle und dass die eventuell anfallenden Mehrkosten nur vorsichtshalber eingestellt worden seien.

Herr Kurowski fragt, ob man das nicht verwendete Geld dann für den Ankauf des Grundstücks verwenden könnte.

Frau Guruz verneint dies. Man sei dazu verpflichtet das Geld vorzuhalten.

Herr Dohrmann stellt einen Antrag auf die Geschäftsordnung die Debatte zu beenden.

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2024/2025 und den dazugehörigen Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde Ostseebad Binz.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	2



Zu 12. Allgemeine Verwaltung

Zu 12.1. Beschluss über die Neufassung der Geschäftsordnung ungeändert beschlossen BV/24/111

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Geschäftsordnung der Gemeindevorvertretung der Gemeinde Ostseebad Binz in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 12.2. Beschluss über die Neufassung der Hauptsatzung ungeändert beschlossen BV/24/112

Frau Drahota bittet darum, dass bezüglich der Aufwandsentschädigung für die Feuerwehr ermittelt werde welchen Lösungsweg man in Ahrenshop gefunden habe.

Herr Mehlhorn möchte wissen, warum unter Paragraph 4 der Punkt „Angelegenheiten, die dem Sozialgeheimnis unterliegen“ aus der Tagesordnung der Gemeindevorvertretersitzung gestrichen worden sei.

Frau Küster erklärt, dass sie sich an die Mustersatzung gehalten habe. Darüber hinaus gebe es die Datenschutzgrundverordnung, welche diesen Punkt mit abdecke.

Herr Mehlhorn fragt, wie es um die Vertretungsregelung der Gemeindevorvertreter untereinander bestellt sei.

Frau Küster erklärt, dass der neue § 32a KV M-V eindeutig regle, dass die Vertreter namentlich genannt werden müssen. Dies könne aber jederzeit angepasst bzw. geändert werden. Darüber hinaus sei es möglich, dass Gemeindevorvertreter einen sachkundigen Einwohner vertreten. Anders herum sei dies nicht möglich, da das Verhältnis „mehr Gemeindevorvertreter als sachkundige Einwohner“ gewahrt bleiben muss.

Herr Mehlhorn bittet um eine Erklärung zur Streichung bzw. Anpassung im § 5 Abs. 6 der Hauptsatzung.

Frau Küster erklärt, dass sich auch dies aus der neuen Kommunalverfassung M-V



ergebe und sie sich an die Mustersatzung gehalten habe. Nur noch die Leitungspositionen bedürfen der Mitbestimmung der Gemeindevorvertretung.

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Hauptsatzung der Gemeinde Ostseebad Binz in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**Zu 12.3. Festlegung des Tages der Wahl der hauptamtlichen Bürgermeisterin/des hauptamtlichen Bürgermeisters 2025
ungeändert beschlossen BV/24/144****Beschluss:**

Die Gemeindevorvertretung beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die Wahl der hauptamtlichen Bürgermeisterin/des hauptamtlichen Bürgermeisters am 11. Mai 2025 durchzuführen. Als Termin für eine mögliche Stichwahl wird der 25. Mai 2025 festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**Zu 13. Wahl der 1. Stellvertretung des Bürgermeisters
ungeändert beschlossen BV/24/160**

Herr Kurowski schlägt Herrn Ron-Patrick Reinholtz vor, da dieser als Kämmerer eine wichtige und verantwortungsvolle Position bekleide und die bisherige Regelung sehr gut funktioniert habe.

Herr Dohrmann schlägt Frau Romy Guruz vor. Er begründet den Vorschlag damit, dass in der Vergangenheit meist der Bauamtsleiter dieses Ehrenamt bekleidet habe. Dies sei auch in anderen Städten und Gemeinden der Fall.

Frau Pfeifer beantragt eine geheime Wahl.

Frau Dr. Funk verkündet das Ergebnis der geheimen Wahl:



Herr Reinholtz	10
Frau Guruz	3
Enthaltungen	2

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung wählte in ihrer Sitzung am 26.09.2024 Herrn Ron-Patrick Reinholtz zum 1. Stellvertreter des Bürgermeisters der Gemeinde Ostseebad Binz.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	2

**Zu 14. Wahl der 2. Stellvertretung des Bürgermeisters
ungeändert beschlossen BV/24/161**

Herr Dohrman schlägt Frau Romy Guruz vor.

Herr Böttcher verlässt den Sitzungsraum.

Beschluss:

Die Gemeindevorvertretung wählte in ihrer Sitzung am 26.09.2024 Frau Romy Guruz zur 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters der Gemeinde Ostseebad Binz.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 15. Schließung des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:15 Uhr und verabschiedet sich von allen Gästen.

Vorsitz:

Dr. Sybille Funk

Protokollführung:

Tamara Pampuch



Vorsitz:

Dr. Sybille Funk

Protokollführung:

Tamara Pampuch